

LEHRERHANDREICHUNG 2019

FRIEDEN UND SICHERHEIT

www.frieden-und-sicherheit.de



Didaktik und
Methodik

Vertiefende
Debatten

Material zum
Schülermagazin

Im Inhalt

Frieden und Sicherheit als Themen im Unterricht _____	3
Methodisch-didaktische Überlegungen zum Schülermagazin _____	4
Methoden im Schülermagazin _____	6
Vertiefende Debatten _____	8
Debatte 1: Mit Migration umgehen, aber wie? _____	8
Debatte 2: Wer übernimmt die Führung in der internationalen Sicherheitspolitik? _____	10
Zusatzmaterial zum Schülermagazin _____	12
Themenfeld Konflikte und Ursachen _____	12
Themenfeld Strategien und Bündnisse _____	14
Das Medienpaket „Frieden & Sicherheit“ _____	16

Dieses Heft einschließlich all seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Beiträge sind sorgfältig recherchiert und entsprechen dem aktuellen Stand. Weder die Autorinnen und Autoren noch der Verlag können für eventuelle Nachteile oder Schäden, die aus den im Heft gegebenen praktischen Hinweisen resultieren, eine Haftung übernehmen.

© Eduversum GmbH, Wiesbaden, www.eduversum.de, 2019

Redaktioneller Hinweis: Wir bitten um Verständnis dafür, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wurde. Selbstverständlich beziehen sich alle Texte in gleicher Weise auf Männer und Frauen.

Hinweise in den Kapiteln

 Kopiervorlage

 Arbeitsvorschläge



Impressum

Herausgeber:
Stiftung Jugend und Bildung in Zusammenarbeit
mit dem Bundesministerium der Verteidigung

Vertretungsberechtigte:
Dr. Alexander Jehn (Präsident), Michael Jäger (Geschäftsführer)

Registernummer:
Amtsgericht Wiesbaden, HRB 25555

Texte:
Philine Sturzenbecher

Redaktion:
Charlotte Höhn (verantwortlich), Katrin Minarek

Redaktionsschluss:
Januar 2019

Pädagogische Beratung:
Dr. Alexander Jehn (Hessische Landeszentrale für politische Bildung),
Wolfgang Oppel (Bildungsexperte)

Fachliche Beratung:
Bundesministerium der Verteidigung

Verlag:
Eduversum GmbH, Taunusstraße 52, 65183 Wiesbaden

Layout und Satz:
epiphan visual solutions GmbH, Mozartstraße 4, 65193 Wiesbaden

Bildnachweis:
Titel: picture alliance/REUTERS: Ahmad Shalha,
Seite 3: picture alliance/AP: Aleppo Media Center

Das Bild des fünfjährigen Jungen Omran nach einem Bombenangriff in seiner syrischen Heimatstadt Aleppo ging im Sommer 2016 um die Welt.



Frieden und Sicherheit als Themen im Unterricht

Internationale Konflikte, sicherheitspolitische Diskurse im In- und Ausland, Veränderungen in der globalen Sicherheitsarchitektur multilateraler Bündnisse sowie Bedrohungen durch den Klimawandel: Friedens- und sicherheitspolitische Themen bestimmen nicht nur die Nachrichten in Tageszeitungen, Fernsehen und Internet, sondern lassen sich auch im Alltag und dem Miteinander in Deutschland immer stärker identifizieren. Diskussionen über Flucht und Migration, terroristische Anschläge und europäische Disparitäten finden auch im Kontext von Schule und Ausbildung statt. Das Verständnis füreinander, das Begreifen von Hintergründen, die Sensibilisierung für Ursachen und komplexe globale Abhängigkeiten sowie die Reflexion von eigenen Handlungsmöglichkeiten sollen mit dem Schülermagazin „Frieden & Sicherheit“ angeregt werden. Darüber hinaus werden die Schülerinnen und Schüler durch die vielfältige Auseinandersetzung mit friedens- und sicher-

heitspolitischen Aspekten in die Lage versetzt, den Debatten in Nachrichten und im Internet zu folgen, durch Fachwissen sogenannten „Fake News“ auf die Spur zu kommen und unter Abwägung der verschiedenen Positionen politische Debatten zu führen, nach Agierenden und Interessenlagen zu fragen und damit zu einem begründeten Urteil zu kommen.

Der Behandlung friedens- und sicherheitspolitischer Themen im Unterricht kommt somit die Aufgabe zu, in angemessener didaktischer Reduktion Grundkenntnisse über die Herausforderungen der Fragen von Frieden und Sicherheit zu vermitteln und diese im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen und Ereignisse zu reflektieren, um so die Urteils- und Handlungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu stärken.

Methodisch-didaktische Überlegungen zum Schülermagazin

Die Inhalte von „Frieden & Sicherheit“ wurden nach sorgfältiger Auswertung der Lehr- und Bildungspläne und der Einheitlichen Prüfungsanforderungen (EPA) für das Abitur erstellt. Sie sind maßgeblich für den Einsatz im Fach Politik, Sozialkunde oder Gemeinschaftskunde in der Sekundarstufe II gedacht. Die Materialien bieten aber auch Anknüpfungspunkte für den Wirtschafts-, Geografie- und Ethikunterricht.

Das Material möchte zu diesen Anforderungen an den Unterricht einen Beitrag leisten. Es stellt eine Ergänzung zu den klassischen Lehrwerken im Unterricht der Sekundarstufe II dar, indem es aktuelles Material zu den Themen Frieden und Sicherheit didaktisch aufbereitet. Auf Doppelseiten präsentiert das Schülermagazin sicherheitspolitische Themen, Strategien und Bündnisse in der deutschen, europäischen und internationalen Politik sowie Ansätze und Herausforderungen für die kommenden Jahre.

Dabei ist das Material so gewählt, dass die Schülerinnen und Schüler ausgehend von einem aktuellen Problem oder Beispiel zu einer Erarbeitung grundlegender Informationen und abschließend zu einer Debatte geleitet werden. Sie können hierdurch das neu Gelernte anwenden und werden zum Weiterdenken angeregt.

Die vorliegende Lehrerhandreichung enthält zusätzliches Material und zwei vertiefende Debatten, die ergänzend im Unterricht eingesetzt werden können. Jedes Thema ist mit weiterführenden Internetadressen versehen, auf denen sich die Schülerinnen und Schüler informieren können. Darüber hinaus wurden zu jedem Kapitel Arbeitsvorschläge erstellt, die stets dreistufig aufgebaut sind und somit alle Anforderungsbereiche (Reproduktion, Reorganisation/Transfer und Reflexion/Problemlösung) abdecken. Jeder Arbeitsvorschlag ist mit einem Operator versehen, mit dessen Hilfe die Schülerinnen und Schüler erfahren, welche Tätigkeit beim Bearbeiten der jeweiligen Aufgabe von ihnen erwartet wird.

Bei der Erstellung der Arbeitsvorschläge wurde darauf geachtet, dass unterschiedliche Sozialformen sowie verschiedene politikdidaktische und allgemeinpädagogische Methoden zum Einsatz kommen. Hierdurch werden die Schülerinnen und Schüler in der Anwendung dieser Methoden geschult, gleichzeitig können sie sich den Themen des Schülermagazins durch verschiedene methodische Zugänge erfolgreich nähern.

Leitend für die Zusammenstellung des Materials ist der Beutelsbacher Konsens mit den drei Grundprinzipien Überwältigungsverbot, Kontroversität und Schülerorientierung, der seit 1976 den Standard für den Politik- und Geschichtsunterricht darstellt.

BEISPIELE: Bezüge zu den Lehr- und Bildungsplänen ausgewählter Bundesländer

Das Schülermagazin und die ausgewählten Debatten dieser Lehrerhandreichung sind anschlussfähig an die Lehr- und Bildungspläne der Bundesländer. Nachfolgende Auszüge aus den aktuellen Bestimmungen ausgewählter Bundesländer verdeutlichen dies. Die Auswahl der Themen des Schülermagazins fand nach einer umfangreichen Auswertung der jeweiligen Vorgaben statt.

Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Sozialkunde/Politik (EPA)

- ✓ kontroverse Positionen zu einem aktuellen Fall aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht nach impliziten Werthaltungen, verfolgten Interessen der Beteiligten und möglichen Auswirkungen hinterfragen und zu einem eigenen, von Kriterien oder Kategorien geleiteten Urteil kommen
- ✓ Ansätze zur Lösung von nationalen und internationalen Problemen entwickeln und begründen
- ✓ Logiken und Mechanismen medialer Politikinszenierung entschlüsseln
- ✓ divergierende politische Grundhaltungen hinter kontroversen politischen Positionen identifizieren
- ✓ sich die Fähigkeit aneignen, am öffentlichen, demokratischen Prozess der Meinungsbildung und der Entscheidungsfindung teilzunehmen

INHALTS- UND PROBLEMFELDER:

- Sicherung, Weiterentwicklung und Gefährdung der Demokratie
- Ausgleich nationaler und internationaler Disparitäten
- Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte
- Sicherung des Friedens und Verfahren möglicher Konfliktlösung
- Dimensionen und Perspektiven der Europäischen Union
- Konfliktregelung und Friedenssicherung
- Internationalisierung und Globalisierung

SACHSEN: Gemeinschaftskunde/ Rechtserziehung/Wirtschaft, Gymnasium, Grundkurs Klasse 11

LERNBEREICH 1: INTERNATIONALE POLITIK IN DER GLOBALISIERTEN WELT

- Kennen der weltpolitischen Situation des 21. Jahrhunderts
 - Theorien internationaler Beziehungen
 - Akteure internationaler Politik
- Beurteilen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union
- Beurteilen globaler politischer Strukturen und Prozesse (...)
- Sich positionieren zu Konfliktregelungsmustern des 21. Jahrhunderts und deren Vermittlung in den Medien

NORDRHEIN-WESTFALEN: Sozialwissen- schaften, Gymnasium, Sekundarstufe II

INHALTSFELD 7: GLOBALE STRUKTUREN UND PROZESSE / SACHKOMPETENZ

Die Schülerinnen und Schüler

- erläutern die Friedensvorstellungen und Konzeptionen unterschiedlicher Ansätze der Konflikt- und Friedensforschung (unter anderem der Theorie der Strukturellen Gewalt),
- unterscheiden und analysieren beispielbezogen Erscheinungsformen, Ursachen und Strukturen internationaler Konflikte, Krisen und Kriege,
- erläutern an einem Fallbeispiel die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte sowie der Demokratie im Rahmen der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik,
- erläutern fallbezogen Zielsetzung, Aufbau und Arbeitsweise der Hauptorgane der UN,
- analysieren politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen der Globalisierung (unter anderem Migration, Klimawandel, nachhaltige Entwicklung),
- erläutern exemplarisch Konzepte und Erscheinungsformen der Global Governance für die zukünftige politische Gestaltung der Globalisierung.

URTEILSKOMPETENZ

Die Schülerinnen und Schüler

- bewerten unterschiedliche Friedensvorstellungen und Konzeptionen der Konflikt- und Friedensforschung hinsichtlich ihrer Reichweite und Interessengebundenheit,
- erörtern an einem Fallbeispiel internationale Friedens- und Sicherheitspolitik im Hinblick auf Menschenrechte, Demokratievorstellungen sowie Interessen- und Machtkonstellationen,

- beurteilen Ziele, Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik als Teil von EU und UN,
- beurteilen die Struktur der UN an einem Beispiel unter den Kategorien Legitimität und Effektivität,
- beurteilen Konsequenzen eigenen lokalen Handelns vor dem Hintergrund globaler Prozesse und eigener sowie fremder Wertvorstellungen.

HAMBURG: Politik – Gesellschaft – Wirtschaft, Sekundarstufe II

GLOBALE PROBLEME/INTERNATIONALE POLITIK

Die Schülerinnen und Schüler befassen sich ausgehend von einer Fallanalyse mit den grundlegenden Fragen,

- welche Interessen und Strukturen internationale Beziehungen bestimmen,
- vor welchen zentralen Herausforderungen die deutsche und europäische Außenpolitik sowie das internationale System aktuell stehen,
- wie das internationale System zukünftig gestaltet werden soll.

DAS SYSTEM INTERNATIONALER BEZIEHUNGEN

Wandel der internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt; Beitrag zur Lösung internationaler Konflikte durch die deutsche und europäische Außenpolitik sowie durch internationale Institutionen und Organisationen (zum Beispiel EU, UNO, NATO, NGOs)

INTERNATIONALE KONFLIKTLÖSUNG- STRATEGIEN

Militärische und nichtmilitärische Konfliktlösungsstrategien, Debatte um Universalität der Menschenrechte, Intervention versus Souveränität; aktuelle internationale Konflikte, aktuelle Debatten und Verhandlungen über internationale Konflikte (zum Beispiel Nahostkonflikt) und global wirkende Umweltprobleme (zum Beispiel Klimawandel oder Ressourcenknappheit)

ZUKUNFT DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Szenarien zu möglichen Entwicklungstendenzen der internationalen Beziehungen (zum Beispiel „Clash of Civilisations“ versus „Dialog der Kulturen“) sowie zur zukünftigen Gestaltung supranationaler Institutionen („Weltinnenpolitik“)

Methoden im Schülermagazin

Die Materialien und Arbeitsaufträge des Medienpakets „Frieden & Sicherheit“ motivieren dazu, ein breites Spektrum verschiedener Methoden und Arbeitstechniken einzusetzen. Zum Einsatz kommen unter anderen unterschiedliche Sozialformen, die Vermittlung von Medienkompetenzen durch Internetrecherche und Analyse der Berichterstattung zu verschiedenen Themen des

Schülermagazins, Informationsgewinnung mittels Online-Recherche, bewusste Wertereflexion und Positionsbildung, kooperatives Lernen, Übungen zur interkulturellen Kompetenz sowie empirische Informationsgewinnung mit dem Ziel einer differenzierten, begründeten und kriterien- oder kategoriengestützten Urteilsfähigkeit.

Pro-Kontra-Debatte



- 1** Zunächst müssen Sie sich in Ihrer Lerngruppe mit dem Thema, dem Problem oder der Fragestellung vertraut machen. Führen Sie in einer Abstimmung ein erstes Meinungsbild herbei: Wie stehen Sie zu dem Problem oder der Frage?
- 2** Bilden Sie nun Gruppen für die jeweilige Position, am besten per Los. Es geht nämlich jetzt nicht um die eigene Meinung zu dem Problem, sondern darum, Begründungen für einen Standpunkt vorzutragen, in den man sich hineinversetzt.
- 3** Die Gruppen setzen sich nun anhand von Materialien vertiefend mit „ihren“ Positionen auseinander und erarbeiten begründete Standpunkte. Dabei sollten Sie auch Argumente der gegnerischen Partei erkennen und überlegen, wie man diese widerlegen kann. Anschließend bestimmen Sie die Gruppensprecherin oder den Gruppensprecher (2 oder 3).
- 4** Für die Durchführung der Debatte wird eine geeignete Sitzordnung hergestellt: Vorne sollen die Gesprächsleiter sitzen (dies können Schüler oder Lehrer sein), an

zwei sich gegenüberstehenden Längstischen sitzen die „Parteien“, hinten die übrigen Schüler als Beobachter.

- 5** Die Gesprächsleiter eröffnen das Streitgespräch oder die Pro-Kontra-Debatte, begrüßen die Zuschauer, nennen das Thema, stellen die Gesprächsteilnehmer vor und erklären den Ablauf der Debatte. Anschließend halten die Gruppensprecher jeweils einen rund dreiminütigen Eingangsvortrag (Statement). Danach erfolgt in Rede und Gegenrede der Austausch der Argumente und Gegenargumente (rund 15 bis 20 Minuten).
- 6** In der Auswertung der Debatte fordern die Gesprächsleiter die Beobachter auf mitzuteilen, welche Argumente sie überzeugend fanden und welche nicht. Außerdem sollen sie ihren Gesamteindruck wiedergeben und sagen, was gut war und was ihnen nicht gefallen hat.
- 7** Zum Abschluss der Debatte wird noch einmal eine Abstimmung über die Ausgangsfrage durchgeführt. Das Ergebnis wird mit dem ersten Abstimmungsergebnis verglichen. Wenn es Unterschiede gibt, sollten die Ursachen dafür diskutiert werden.

nach: Lothar Scholz: Pro-Kontra-Debatte, Methoden-Kiste der Bundeszentrale für politische Bildung, 8. Auflage 2018, Bonn, Seite 30 f.

Analyse einer Karikatur

Als Einstieg in die Thematik oder um eine öffentliche Debatte über umstrittene politische Konzepte zu veranschaulichen, üben sich die Lernenden darin, ironische Anspielungen und politische Satire anhand zeichnerischer Elemente zu entschlüsseln und die Intention des Zeichners/der Zeichnerin zu deuten. Hierfür untersuchen die Schülerinnen und Schüler die Karikatur in drei Schritten (mit möglichen Leitfragen):

BESCHREIBUNG: Was ist auf dem Bild zu sehen?

DEUTUNG: Was soll dargestellt werden? Welchen Gesamtzusammenhang gibt es?

BEURTEILUNG: Aussage der Karikatur beurteilen, eigenes Urteil zu der Aussage des Karikaturisten/der Karikaturistin fällen, Bewertung aufgrund des eigenen Fachwissens, mögliche Anschlussfragen formulieren

Essay schreiben

Ziel eines Essays ist es, ein bestimmtes Thema oder eine These aus verschiedenen Perspektiven schriftlich zu diskutieren. Die Lernenden entwickeln eine eigene Position und stellen diese dem Leser/der Leserin vor. Im Gegensatz zu einer Diskussion im Plenum können sie sich hier mit einem Gegenstand intensiv auseinandersetzen und das bisher im Unterricht erarbeitete Fachwissen anwenden. Ein Essay besteht immer aus drei Teilen:

EINLEITUNG: These, Vorstellung eines Problems oder eine zentrale Fragestellung, Einbettung in einen Kontext

HAUPTTEIL: Argumentationslinie, eigene Argumente und Gegenargumente abwägen, Fachwissen und weitergehendes Material zu Stützung der Argumentation anführen und diskutieren

SCHLUSS: Fazit, kurze und prägnante Zusammenfassung des eigenen Standpunkts, Formulierung weiterer, sich anschließender Fragen



Talkshow

Bei einer Talkshow im Unterricht werden in einem inszenierten Streitgespräch beispielsweise umstrittene politische Entscheidungen oder kontroverse Gesetzesvorhaben verhandelt. Dabei gibt es eine Recherche-, Debatten- und Reflexionsphase.

Jeweils vor und nach der Debattenphase kann eine Abstimmung über die Streitfrage durchgeführt werden, deren Ergebnisse einem Vergleich unterzogen werden können.

Talkshowgast		
Wer steht sich in diesem Interessenkonflikt gegenüber? (Kurzbeschreibung der Konfliktparteien)		
Standpunkte der Kontrahenten zum Thema der Talkshow		
Argumente für die jeweilige Position		
Diskussionsverhalten (Bewertungsraster: ++, +, +/-, -, -- mit Begründung)		

nach: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB): „Politik & Unterricht“, Heft 1/2 – 2015, 41. Jahrgang, Seite 21f.

ROLLENVORSCHLÄGE FÜR DIE HISTORISCHE TALKSHOW IM SCHÜLERMAGAZIN SEITE 19

Diskutanten/Rollen:

- Konrad Adenauer (Pro-Position, Politiker CDU, Bundeskanzler)
- Gustav Heinemann (Kontra-Position, Politiker CDU/GVP dann SPD)
- junger Mann (Kontra-Position als Betroffener einer möglichen Wehrpflicht)
- Frau, um die 40 Jahre alt (Pro-Position – alleinerziehende Mutter, Ehemann im Zweiten Weltkrieg getötet, Befürworterin ein starken Westintegration)
- Moderatorin/Moderator

MINDMAP/SCHAUBILD ENTWERFEN

Die Visualisierung von Sachverhalten, die eine Vielzahl von Nebenaspekten und vernetzten Zusammenhängen aufweisen, ist ein Mittel der Ergebnissicherung, beispielsweise nach einem Brainstorming oder einer Diskussion im Plenum. Hierbei können auch Pro- und Kontra-Argumente zu einem Thema als Arbeitsgrundlage für Erörterungen strukturiert gebündelt werden.

PLAKAT/PRÄSENTATION

Eine Präsentation ist ein mündlicher, möglichst frei gehaltener Vortrag einer Schülerin beziehungsweise eines Schülers oder einer Gruppe von Lernenden zu einem thematisch eingegrenzten Thema. Sie stützt sich auf visuelle Medien wie Overheadfolien, PowerPoint-Folien, ein Handout oder ein Plakat. Die Konzeption, Vorbereitung und Durchführung der Präsentation liegt dabei in der Verantwortung der Schülerinnen und Schüler. Mithilfe eines vorher festgelegten Kriterienkatalogs können die Zuhörerinnen und Zuhörer die Präsentation bewerten und den Präsentierenden ein fundiertes Feedback geben.

DEBATTE 1:

Mit Migration umgehen, aber wie?

Migration ist seit den großen Fluchtbewegungen nach Europa ab dem Jahr 2015 ein dominierendes Thema in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei verfolgen die Akteurinnen und Akteure sehr unterschiedliche Strategien und Zielsetzungen, um auf diese neuen Entwicklungen zu reagieren.

AUSGANGSLAGE: Millionen auf dem Sprung nach Norden

„(...) Unseren Politikern bereitet die drohende Elendsinvasion aus Afrika schon heute schlaflose Nächte. Nicht umsonst fährt die Bundeskanzlerin nach Äthiopien, nach Mali und Niger, nach Tunesien und Ägypten. (...) Und nicht ohne Grund versucht die EU, Libyen zu stabilisieren. Libyen soll wieder die Rolle übernehmen, die es bis zum Tod seines ehemaligen Herrschers Gaddafi im Jahr 2011 innehatte, nämlich gleichsam als Türsteher Europas dafür sorgen, dass die afrikanischen Flüchtlinge nicht weiterkommen. In Mali, dem Kernland der Sahelzone, fördert die Bundesrepublik die Landwirtschaft, die Ausbildung der Polizei und den politischen Dialog im Land. Vor allem ist die Bundeswehr dort mit derzeit rund 530 und bald 1.000 Soldaten in doppelter Mission engagiert: Sie bildet im Rahmen der EU die Armee für den Kampf gegen die Terroristen aus und beteiligt sich im Norden an der UN-Friedensmission MINUSMA (...). Auch hier ist der Zweck erkennbar, ein zentrales Durchgangsland für die Flüchtlinge zu stabilisieren und ihnen den Weg nach Norden zu versperren.“

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir einräumen, dass wir Europäer auf unsere Weise nichts anderes anstreben als das, was Trump mit seinem Wall entlang der mexikanischen Grenze bezweckt, nämlich einen Stopp der unregelmäßigen Zuwanderung. Wir bauen keine neun Meter hohe Mauer aus Beton, sondern werkeln an einem Limes aus papierenen Abkommen wie dem Türkei-Deal mit Ägypten, Libyen, Tunesien und Marokko. Jenen Staaten, die Flüchtlinge zurücknehmen – oder besser noch: sie uns überhaupt vom Leibe halten –, winken üppige Finanzhilfen, gleichgültig, wie autoritär sie regiert werden. (...) Was also tun? Auffanglager in Nordafrika, wo die Asylbegehrenden Unterkunft, Beratung und Schutz finden, bis ihre Anträge entschieden werden? Die Regierungen in Ägypten und den Maghreb-Staaten sperren sich dagegen. Wiederinkraftsetzung des Dublin-Systems? Das wäre eine unzumutbare Belastung Italiens und Griechenlands, solange die Umverteilung der Ankömmlinge auf alle EU-Staaten auf unüberwindbare Widerstände stößt. Ausbau der Frontex-Agentur zu einem operationellen Grenz- und Küstenschutzsystem? Gewiss nötig, wenn wir uns Schengenland ohne Binnengrenzen erhalten wollen, aber keine Lösung des Flüchtlingsproblems, denn Frontex darf Menschen nur auffischen, nicht jedoch sie abschieben. (...)"

Quelle: Theo Sommer: „Millionen auf dem Weg nach Norden“, www.zeit.de, 21. März 2017, Text sprachlich leicht bearbeitet

STANDPUNKT: Freihandel mit Afrika klingt fair, ist aber ungerecht

„(...) Hunderte Milliarden Euro sind seit den Sechzigerjahren an Entwicklungshilfe in afrikanische Staaten geflossen. Ein Erfolg ist kaum spürbar. (...) Es gibt Erklärungen für den mäßigen Erfolg von Entwicklungszusammenarbeit, viele liegen in Afrika selbst. Einige Regierungen denken bei ihrer Haushaltsplanung eher ans Militär als an Schulen und Krankenhäuser, oft versickert Geld und Engagement in korrupten Strukturen. Doch den größten Denkfehler, das lehrt Merkels jüngste Initiative, machen die Europäer selbst.“

Während das Entwicklungsgeld weiter fließt, arbeitet die EU an neuen Handelsbeziehungen mit Afrika. Geplant sind *Economic Partnership Agreements*, also Partnerschaftsabkommen, die Brüssel jeweils mit einer afrikanischen Staatengruppe schließt. (...) Sie zielen auf eine fast völlige gegenseitige Marktöffnung ab.

Was sich erst einmal fair anhört, versetzt die Regierungen vieler afrikanischer Staaten in Panik. (...) In den vergangenen Jahrzehnten mussten afrikanische Staaten schon mehrfach dem Freihandelsdruck von Geberländern und Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank nachgeben. Stück für Stück öffneten sie ihre Märkte und privatisierten staatliche Unternehmen. Das Ergebnis kann man in jeder gut sortierten afrikanischen Markthalle sehen: Kleidung aus China, Reis aus Vietnam, Instant-Kaffee und Milchpulver der Schweizer Firma Nestlé, Hühner- und Rindfleisch aus Deutschland, Tomatenmark aus Italien – alles Produkte, die auch aus Afrika kommen könnten. Doch wer kauft Tomaten aus Ghana, wenn er haltbares und billiges, weil subventioniertes, Tomatenmark aus Europa haben kann?

Freihandel klingt gerecht. Zwischen so ungleichen Partnern wie Europa und Afrika ist er aber ungerecht. (...) Die neuen Abkommen zwischen Europa und Afrika würden diese Situation noch verschärfen. Und damit die Projekte ad absurdum führen, die Merkel in Mali und Niger versprochen hat.

Wenn die EU Fluchtursachen bekämpfen will, sollte sie Abstand von diesen Handelsabkommen nehmen. Oder ihnen eine andere Richtung geben: Das WTO-Vertragswerk erlaubt Ausnahmen vom Freihandelsprinzip, gerade wenn es um Entwicklungsländer geht. Afrika braucht eine Politik, die aufkeimende Industrien schützt. Nur so wird es dort mehr Firmen, mehr Jobs und höhere Löhne geben – und weniger Flüchtlinge in Europa.“

Quelle: Isabell Pfaff: „Freihandel mit Afrika klingt fair, ist aber ungerecht“, www.sueddeutsche.de, 15. Oktober 2016

STUDIE: Kann Geld Fluchtursachen bekämpfen?

„(...) Grundsätzlich gelte aber, dass Entwicklungshilfe zwei entgegengesetzte mögliche Auswirkungen hat. Sorgt die Entwicklungshilfe nur dafür, dass die Menschen in dem Land ein höheres Einkommen haben, so kurbelt sie die Auswanderung sogar an. Grund dafür ist, dass es sich auf einmal mehr Leute leisten können auszuwandern. Erst wenn das Einkommen sich dem Niveau der Industrieländer annähert, kehrt sich dieser Trend um. Mehr Leute bleiben in der Heimat, oder Auswanderer kehren zurück. Ökonomen nennen dieses Phänomen den Migration-Hump, den Migrations-Hügel, weil mit steigendem Einkommen zunächst erst die Auswanderung steigt und erst später abnimmt. Aber es gibt eben noch eine andere Form der Entwicklungshilfe, die vor allem in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Statt das Geld einfach breit zu streuen, wird es vor allem in soziale Dienstleistungen investiert. Und dort kann es tatsächlich auch schon kurzfristig den Drang auszuwandern verringern, sagt Thiele. Konkret bedeutet das zum Beispiel, dass Krankenhäuser mehr Röntgengeräte und Betten bekommen oder Schulen sich über mehr Bücher und Lehrer freuen dürfen. (...) Der Ökonom Axel Dreher von der Universität Heidelberg sieht die Studie von Thiele und die Analyse der DW allerdings mit Skepsis. (...) Sein Fazit: In den ersten Jahren würde Entwicklungshilfe eher noch die Flucht befeuern. Erst wesentlich später – mit einer Verzögerung von mehr als zehn Jahren – könne man sehen, dass die Flüchtlingszahlen zurückgehen. Dreher sagt: *Ich glaube nicht, dass binnen drei Jahren Entwicklungshilfe tatsächlich die Auswanderung verringern kann.*“

Quelle: Haluka Maier-Borst: „Geld kann Fluchtursachen bekämpfen – aber das allein wird nicht reichen“, Deutsche Welle, www.dw.com, 15. Februar 2018

STANDPUNKT: Migration als Chance

„(...) Die Vereinten Nationen schätzen, dass weltweit schon 232 Millionen Menschen Migranten sind. Das Gros stammt aus Entwicklungsländern. Für die geburtenchwachen Industrieländer sind vor allem junge und qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland zunehmend relevant. Um sie wird gebuhlt. Dass aber auch die Herkunftsländer von diesem Trend profitieren, zeigt die Studie *Migration gerecht gestalten* der Bertelsmann-Stiftung.

Die Migrationsexperten widerlegen darin die gängige These vom Ausbluten der Entwicklungsländer. Stattdessen sprechen sie von einer *Triple-Win-Situation*: Sowohl das Zielland als auch das Heimatland sowie die Betroffenen profitieren von der Wanderung. (...)

Bislang galt Migration wegen des Verlustes von Humankapital als eine zusätzliche Bürde für die Entwicklungsländer. Doch inzwischen gibt es ein Umdenken, sagt Mitautor Najim Azahaf. Denn die Auswanderer seien für ihre Herkunftsländer ein enorm wichtiger Wirtschaftsfaktor.

So bringen die Rücküberweisungen der Migranten dringend benötigtes Kapital ins Land. Die Weltbank schätzt die Summe dieser Geldtransfers für das vergangene Jahr auf rund 435 Milliarden Dollar, was etwa dem Dreifachen der weltweiten Entwicklungshilfe entspricht. Für 2016 wird gar ein Volumen von 540 Milliarden Dollar prognostiziert.

Diese Rücküberweisungen erreichen direkt die bedürftigen Angehörigen im Herkunftsland und erlauben ihnen auch gezielte Investitionen in kleine Unternehmungen sowie in Bildung und Gesundheit, heißt es in der Studie. In afrikanischen Ländern wie Kenia oder Nigeria machten Geldtransfers der Migranten inzwischen mehr als die Hälfte des gesamten Investitionsvolumens der Staaten aus. Solche Daten zeigten, dass Entwicklungshilfe durch Migration effektiver ist als Entwicklungshilfe zur Verhinderung von Migration, stellen die Autoren fest.

Quelle: Dorothea Siems: „Wer von der Migration wirklich profitiert“, www.welt.de, 4. Mai 2015

Arbeitsvorschläge



- 1** **Fassen** Sie die Thesen Theo Sommers kurz in eigenen Worten **zusammen**.
Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse kurz im Plenum.
- 2** **Erstellen** Sie in Kleingruppen eine **Stellungnahme** zu den Aussagen Sommers, und präsentieren Sie diese in einem kurzen Vortrag im Plenum.
- 3** **Erarbeiten** Sie gemeinsam aus dem Material Strategien zum Umgang mit Migration, und bewerten Sie diese.
- 4** **Diskutieren** Sie im Plenum die Frage: Migration – Chance und/oder Herausforderung?!

DEBATTE 2:

Wer übernimmt die Führung in der internationalen Sicherheitspolitik?

Die Entwicklungen in Syrien, das internationale Ringen um Bündnisse und Lösungen sowie die fortwährenden Konflikte zwischen dem NATO-Bündnispartner USA und den europäischen Mitgliedstaaten zeigen, dass die internationale Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen steht. Wie soll diese zukünftig ausgestaltet sein, und welche alten oder neuen Akteure werden hierbei Führungsrollen übernehmen?

DEFINITION: Responsibility to Protect (R2P)

„Schutzverantwortung (Responsibility to Protect; R2P/ RtoP) meint die Verantwortung eines Staates, für den Schutz seiner Bevölkerung zu sorgen. Kann oder will ein Staat dies nicht, geht die Verantwortung an die internationale Gemeinschaft über. Das Prinzip der Schutzverantwortung ermächtigt demnach zum internationalen Eingreifen – notfalls unter Einsatz von Gewalt –, wo schwerste Menschenrechtsverletzungen die Bevölkerung gefährden. Im Abschlussdokument des Weltgipfels 2005 erkannte die UN-Generalversammlung dieses Prinzip an. Es kommt bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, Völkermord und ethnischen Säuberungen zur Anwendung. In diesen Fällen kann der Sicherheitsrat friedliche Mittel zur Streitbeilegung (diplomatische, humanitäre Maßnahmen) und, wenn diese nicht erfolgreich sind, Zwangsmaßnahmen beschließen, um Frieden wiederherzustellen. Das Konzept der Schutzverantwortung entstand vor dem Hintergrund des Scheiterns und der Überforderungen von UN-Friedensmissionen (Ruanda, Bosnien) in den 1990er-Jahren.“

Quelle: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen: Responsibility to Protect, 2018, <https://frieden-sichern.dgvn.de/friedenssicherung/ueberblick/responsibility-to-protect>

BEISPIEL: Pro und kontra Bundeswehr im Baltikum und Polen

Der Bundeswehr-Einsatz in den baltischen Staaten und Polen ist Teil der NATO-Initiative „Enhanced Forward Presence“ und wurde als Reaktion auf die wachsenden Spannungen mit Russland ins Leben gerufen.

Pro	Kontra
Abschreckung und Demonstration militärischer Stärke als Reaktion auf den Ukraine-Konflikte und die Annexion der Krim durch Russland	Gefahr eines neuen "Kalten Kriegs" durch militärische Aufrüstung im Osten des NATO-Bündnisgebiets
Verantwortung Deutschlands innerhalb der NATO und Solidarität mit den osteuropäischen Bündnisstaaten	Diplomatie wird durch Militärpräsenz geschwächt.
Aufbau eines multinationalen Abwehrebündnisses und Training für Truppenverlegung durch regelmäßige Rotation	Vertrauensbruch, da Rotation der Soldaten als Missbrauch der Vereinbarung gesehen wird, Kampftruppen nicht dauerhaft im Osten des Bündnisgebiets zu stationieren.

STANDPUNKT: Der neue Kalte Krieg?

„In den Chroniken von Krieg und Frieden wird das Ringen um Syrien eines Tages eine ähnliche Bedeutung haben wie die Doppelkrise um Berlin und Kuba vor einem halben Jahrhundert für den Kalten Krieg: prägendes Ereignis, wo aus Furcht und Vernunft ein neues Weltsystem entstand. (...)

Der Ruf nach Regimewechsel ist lange schon verhallt. Der Gewalt Herrscher (Bashar al-Assad, Anmerkung der Redaktion), den der Westen vor allen Verhandlungen gern in die Wüste geschickt hätte, hat es geschafft, mit Brutalität, Schlaueit, russischer Patronage, iranischer Militärhilfe und den Gotteskriegern der libanesischen Hisbollah sich unentbehrlich zu machen.

Russland liefert Waffen, vor allem Luftabwehr, die gegen die Luftherrschaft der Israelis helfen sollen. (...) Das bedeutet daher, dass Frieden, wenn es je dergleichen geben soll, nicht ohne die Russen stattfinden kann, aber auch nicht ohne Assad und seine alevitische Machtelite. Assad empfiehlt sich nicht durch das, was er ist – Diktator, Kriegsherr, Erzfeind des Staates Israel und Verantwortlicher für Massenmord und Massenvertreibungen im eigenen Land –, sondern mehr durch das, was er nicht ist: kein Religionsfanatiker, kein IS-Schutzherr, kein Atom-Bewerber. Das ist, betrachtet man die Region im Vergleich, nicht viel, aber doch ausreichend für die beginnenden Verhandlungen über ein geregeltes Miteinander.

Der Westen fürchtet zuerst und vor allem Eskalation, wenn der Krieg außer Kontrolle gerät und die Gefahrenzone berührt, wo die nuklearen Weltmächte um Einfluss, Prestige und Klienten ringen. (...)“

Herfried Münkler: Eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa? Einige politstrategische Überlegungen, Merkur, www.merkur-zeitschrift.de, 27. Juni 2018

STANDPUNKT: Auf dem Weg in eine multipolare Weltordnung?

„Die Blütenträume einer weithin konfliktfreien Welt, wie sie nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aufgekommen waren, sind längst dahin, ebenso die US-amerikanische Vorstellung einer unipolaren Weltordnung mit den **Vereinigten Staaten** als Hüter dieser Ordnung, in der es Kriege allenfalls noch als mit militärischen Mitteln durchgeführte Polizeiaktionen geben werde. (...) Was wir zurzeit beobachten, ist der relative Niedergang eines Imperiums mit globalem Ordnungsanspruch, und es gibt trotz des rasanten Aufstiegs Chinas in den letzten Jahrzehnten keinen ernsthaften Aspiranten, der die vakante Rolle übernehmen kann oder will. Diese Konstellation macht Kriege wahrscheinlicher, denn in vielen der von den USA aufgegebenen Räume stehen Hegemonialaspiranten bereit, die eine regionale Vormachtstellung anstreben und dabei mit anderen Mächten in Konflikt geraten. Wenn der Hüter einer Ordnung schwächelt, gerät diese Ordnung aus den Fugen.

An den Aufgaben eines Weltpolizisten gemessen, bleibt **Chinas** Engagement wesentlich auf die eigenen Interessen beschränkt. Mit einem weltpolitischen *investment in common goods*, also der Bereitstellung öffentlicher Güter – wie Sicherheit, Währungsstabilität und Vorgehen gegen Störer der globalen Ordnung – wäre China, das nach wie vor ein Schwellenland ist, bei Weitem überfordert. Das Seidenstraßenprojekt einer Öffnung politisch abgesicherter Handelsverbindungen in westliche Richtung, zu Lande über Zentralasien bis in den arabischen und südosteuropäischen Raum, zur See bis ins subsaharische Afrika, ist mehr durch den Rohstoffhunger des Reichs der Mitte und seine Angewiesenheit auf Absatzmärkte bestimmt als durch das langfristige Ziel wirtschaftlicher und politischer Stabilität in globalem Maßstab.

Auch der politische Wiederaufstieg **Russlands** während der letzten Jahre, im Wesentlichen auf militärische Macht gestützt, beschränkt sich auf die an Russland angrenzenden Räume. Selbst wenn die russische Führung den Anspruch auf eine Weltmachtrolle erhebt, kommt dabei infolge fehlender ökonomischer Macht und ideologischer Attraktivität nur eine Großmachtrolle heraus. Russlands Macht beruht auf seiner Fähigkeit, die Projekte anderer zunichtezumachen, und nicht auf der, zu ökonomischer Prosperität und politischer Stabilität beizutragen. Der russische Einfluss ist dort am größten, wo die Verhältnisse in Unordnung sind. Russland ist der parasitäre Profiteur regionalen Ordnungszersfalls, nicht der Konstrukteur neuer Ordnungen. Umso wichtiger ist es deshalb, Russland an einer stabilen Ordnung zu interessieren.

Europa, konkret die **Europäische Union**, der vierte Aspirant auf die Rolle eines Ordnungstifters oder Ordnungsgaranten, ist zurzeit zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um weltpolitisch eine größere Rolle zu spielen. In den

letzten Jahren haben die Europäer ein ums andere Mal Zeit gekauft, um ihre eigenen Probleme sowie die der angrenzenden Peripherien zu lösen, aber sie haben die durch Geld und andere Hilfsmittel verfügbar gemachte Zeit nicht nutzen können. Das beginnt bei der Überschuldungskrise der EU-Südstaaten und endet bei der Unfähigkeit, die nach Europa gekommenen Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten der Union zu verteilen. Anders gesagt: Europa muss zunächst seine internen Probleme lösen, damit es sich den Herausforderungen jenseits seiner Grenzen nachhaltig widmen kann.

Wir bewegen uns also in Richtung einer **multiplen Welt**, aber haben keine Vorstellung davon, wie diese Welt aussehen soll und wer darin welche Rolle spielen könnte. Gleichzeitig sind weltweit so viele Konfliktfelder und Problemzonen entstanden, dass ein längeres Verharren im Zwischenzustand zweier globaler Ordnungen katastrophale Folgen hat – im Hinblick auf eine funktionierende Weltwirtschaft, auf die Festlegung und Akzeptanz von Einflusszonen der großen Mächte und nicht zuletzt auf die Eindämmung und Beendigung von Kriegen in einigen Teilen der Welt (...).“

Quelle: Herfried Münkler: Eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa? Einige politstrategische Überlegungen, Merkur, www.merkur-zeitschrift.de, 27. Juni 2018

Arbeitsvorschläge



- 1** **Geben** Sie in eigenen Worten kurz schriftlich das Konzept R2P **wieder**.
- 2** Erheben Sie in der Klasse ein Meinungsbild zu einem internationalen Eingreifen mit deutscher Beteiligung in Syrien durch eine Positionslinie. **Erarbeiten** Sie im Anschluss die Pro- und Kontra-Argumente mit weiteren Ergänzungen sowie den Text „Der neue Kalte Krieg“. Formulieren Sie in Gruppen eine kurze Stellungnahme, und führen Sie im Anschluss eine erneute Umfrage in Form einer Positionslinie durch. Hat sich das Meinungsbild in der Klasse verändert?
- 3** **Benennen** Sie ausgehend von dem Text Herfried Münklers Akteure und Entwicklungen in der internationalen Sicherheitspolitik. Verwenden Sie zur Darstellung in der Klasse gegebenenfalls eine **Mindmap** zur Strukturierung.
- 4** **Diskutieren** Sie im Plenum: Welche Sicherheitsarchitektur wollen wir? Welche Zukunftsszenarien gibt es für Deutschland und die EU?

Zusatzmaterial zum Schülermagazin: Themenfeld Konflikte und Ursachen

Das nachfolgende Zusatzmaterial stellt eine inhaltliche Vertiefung zu den Doppelseiten **Waffen und Rüstung** sowie **Staatszerfall** dar. Die Materialien M1 und M2 setzen sich mit Strategien zur Stärkung und des Wiederaufbaus von fragilen Staaten auseinander. Die Texte M3 bis M5 vertiefen Diskussionen über die Verbreitung von Kleinwaffen und bieten Diskussionsanlässe zu deutschen Rüstungsexporten.

M1: State- und Nation-building

„(...) Ein politisches Gemeinwesen gerät in erhebliche Schwierigkeiten, wenn sich Teile der Gesellschaft nicht mit ihm identifizieren und in der Folge entweder einen eigenen Staat fordern (Separatismus) und/oder die Verteilung von Macht, Ressourcen oder Chancen als ungerecht empfinden. Umgekehrt erscheint unter modernen Vorzeichen eine gesellschaftliche Entwicklung ohne staatlichen Rahmen kaum vorstellbar. State-building kann insofern einen Beitrag zum Nation-building leisten und umgekehrt. Gleichwohl stellt sich die Frage, welcher der beiden Prozesse durch externe Interventionen eher beeinflusst werden kann. Hier wird die These vertreten, dass die Erfolgsaussichten externer Akteure eher im Bereich des State-building als des anspruchsvolleren Nation-building liegen dürften. Ein von außen unterstütztes State-building muss dabei an zwei Punkten ansetzen: Einerseits gilt es, die Bereitschaft der lokalen Akteure zu fördern, sich am politischen Gemeinwesen konstruktiv und kooperativ zu beteiligen, und andererseits kommt es darauf an, ihre Fähigkeit zu verbessern, die notwendigen Maßnahmen zur Stärkung von Staatlichkeit auch durchführen zu können. State-building-Aktivitäten führen allerdings – zumindest kurz- und mittelfristig – nicht zwingend zu einem Mehr an Stabilität. Sie können gerade bei schwachen oder versagenden Staaten sogar genau das Gegenteil provozieren, da nicht selten bestimmte Mechanismen, Strukturen oder Institutionen aufgegeben werden müssen, die noch in Teilbereichen für eine gewisse Stabilität sorgen. (...)“

Quelle: Ulrich Scheckener: „Fragile Staatlichkeit und State-building. Begriffe, Konzepte und Analyserahmen“, Marianne Beisheim, Gunnar Folke Schuppert (Hrsg.): Staatszerfall und Governance, Nomos, 2007, Seite 116f.

M2: State-building – Gegenstrategien und Dilemmata

„(...) Die Politik zur Überwindung fragiler Staatlichkeit wird als Staatsbildung bezeichnet (englisch: state-building, oft missverständlich auch nation-building). Ganz oben auf der Agenda steht der Aufbau beziehungsweise die Stärkung der zentralen staatlichen Institutionen, zum Beispiel Polizei, Justiz, Verwaltung und Militär. Der (Wieder-)Aufbau von Staaten ist in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Feld der humanitären Nothilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung geworden. Einschlägige Maßnahmen sind die Bereitstellung von Ausrüstung und Infrastruktur, Finanzhilfen sowie Ausbildung und Training von Personal. Bei der Unterstützung des (Wieder-)Aufbaus von Staaten sehen sich die Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft zahlreichen strategischen und moralischen Dilemmata gegenüber. So müssen sie zwischen ihrem Interesse an innenpolitischer und regionaler Stabilität auf der einen Seite und der Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte auf der anderen Seite abwägen. Angenommen, in einem autokratisch regierten Land ist die Stabilität des Staates (und seines regionalen Umfeldes) gefährdet, sollten dann von außen Maßnahmen zur Stärkung des Staates unterstützt werden, um eine gewaltsame Zuspitzung des inneren Konflikts zu vermeiden? Entsprechende Maßnahmen können kurzfristig vielleicht die Stabilität wieder herstellen, aber zugleich die autoritäre Regierung in die Lage versetzen, die so geschaffenen polizeilichen und militärischen Kapazitäten zur weiteren Unterdrückung der Bevölkerung zu missbrauchen.

Aufgrund derartiger Zielkonflikte muss Staatsbildung immer in Relation zu anderen Zielen, wie zum Beispiel Menschenrechtsschutz, Armutsbekämpfung und Demokratisierung, gedacht und implementiert werden. Zugleich müssen sich externe Akteure zu jedem Zeitpunkt über ihre Prioritäten im Klaren sein, um bei Zielkonflikten situations- und problemadäquat entscheiden zu können. (...)“

Quelle: Daniel Lambach, „Fragile Staatlichkeit als Konfliktursache und Möglichkeiten der Bearbeitung“, Dossier: Innerstaatliche Konflikte, Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Mai 2016

M3: Hintergrund – Deutsche Rüstungsexporte in Konfliktgebiete

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war eine deutsche Waffenproduktion oder ein Verkauf von Waffen ins Ausland zunächst undenkbar. Mit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik im Kalten Krieg und der Gründung der Bundeswehr erstarkte die deutsche Rüstungsindustrie, die bald auch Interessenten im Ausland hatte. Aufgrund der Erfahrungen aus der deutschen Geschichte waren die Bestimmungen hinsichtlich der Waffenproduktion von Beginn an sehr streng. Nach Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes obliegt die Genehmigung der Herstellung und des Exports von „zur Kriegsführung bestimmte[r] Waffen“ der Bundesregierung. Weitere Konkretisierungen werden im Kriegswaffenkontrollgesetz von 1961 vorgenommen, in dem festgelegt ist, dass ein Waffenverkauf ins Ausland in jedem einzelnen Fall die Genehmigung der Bundesregierung benötigt. Rüstungsfirmen müssen folglich vor dem Export die Bundesregierung um die Prüfung und Erlaubnis bitten. Leitende Fragen für die Regierung sind unter anderem: Herrscht im Empfängerland ein bewaffneter Konflikt, oder ist es in einen Krieg verwickelt? Besteht die Gefahr, dass die Waffen zur Unterdrückung einer Minderheit eingesetzt werden? Oder werden die Menschenrechte missachtet? Gegebenenfalls wird eine Ausfuhrgenehmigung nicht erteilt, wenn eine der Fragen mit „Ja“ beantwortet werden kann. Aber es gibt auch Hintertürchen zur strengen Praxis, die sich dann öffnen, wenn besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen Deutschlands vorliegen. So geschehen im Falle deutscher Waffenexporte an Saudi-Arabien, das als wichtiger Stabilitätsfaktor in der Region betrachtet wurde und trotz der Intervention im Jemen sowie Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land Waffen erhielt.

nach: Nina Werkhäuser: „Waffen für die Welt – wie funktionieren deutsche Rüstungsexporte?“, Deutsche Welle, www.dw.com, 5. Dezember 2018

M4: Kleinwaffen als Massenvernichtungswaffen

„Es ist an der Zeit, Einspruch zu erheben. Deutschland ist heute der drittgrößte Waffenexporteur der Welt, es rangiert damit vor China, vor Japan, vor Frankreich und vor England, direkt hinter den USA und Russland. (...) Die Koalitionsverhandlungen haben nicht den Anschein erweckt, als ob in Zukunft mit einem starken Rückgang der Genehmigungen für den Export von Kleinwaffen zu rechnen wäre. Mit Kleinwaffen sind handgehaltene Maschinengewehre gemeint, handgehaltene Maschinenpistolen sowie Gewehre und andere Pistolen, außerdem Granatwerfer. Diese sogenannten Kleinwaffen sind die Massenvernichtungsmittel der heutigen Zeit. Es sterben durch Kleinwaffen in jedem Jahr auf der Welt mehr als 500.000 Zivilpersonen (...). Seit 1945, seit Hiroshima und Nagasaki, ist keine einzige Atombombe gefallen. Beide Atombombenexplosionen haben innerhalb von wenigen Minuten eine ungeheure Zahl von Toten zur Konsequenz gehabt. Das ist mit den Kleinwaffen anders. Da werden die Leute nicht innerhalb von Sekunden und Minuten zu Hunderttausenden getötet, sondern über längere Zeiträume. Aber das Ergebnis ist das gleiche: unzählige tote Zivilisten, die mit dem Krieg oder mit der Intervention oder mit dem Terroranschlag nichts zu tun haben.“

Quelle: Helmut Schmidt: „Bremst die Rüstungsexporte!“, Die Zeit Nr. 51/2013, 19. Dezember 2013, www.zeit.de/2013/51/deutsche-waffenexporte/komplettansicht

M5: Deutschland als Waffenkammer der Welt?

„(...) Viele autokratische Regime veröffentlichen kaum oder keine Zahlen, während in einer transparenten Gesellschaft wie der deutschen viel Material zur Verfügung steht und die deutsche Regierung sehr detailliert über Rüstungstransfers berichtet. Die Schlussfolgerung des Experten (Anmerkung der Redaktion: der Kieler Politikwissenschaftler Krause): Die Behauptung, Deutschland sei mehr oder weniger dauerhaft der drittgrößte Waffenexporteur der Welt, halte einer kritischen Prüfung der Datenlage nicht stand und sei daher als irreführend einzustufen. Krause sieht Deutschland auf Platz 5 – und auf Platz 6, sofern Chinas Exporte mitgezählt werden. Auch mit den Aussagen zu den Kleinwaffen setzt sich der Autor detailliert auseinander, denn mehr als 60 Staaten weltweit stellen nach seinen Angaben mittlerweile Kleinwaffen und leichte Waffen her. Krause zufolge lassen die Daten erkennen, dass es sich bei den deutschen Transfers von Kleinwaffen zum weitaus überwiegenden Teil um neue Sport-, Jagd- und Polizeiwaffen handelt. Auch deshalb spiele Deutschland für die Versorgung der zahlreichen Konfliktherde und Bürgerkriege in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten, in Süd-, Zentral- und Ostasien sowie Lateinamerika mit Gewehren, Sturmgewehren und Maschinengewehren keine Rolle. (...)“

Quelle: Hans Monath: „Ist Deutschland wirklich die Waffenkammer der Welt?“, www.tagesspiegel.de, 17. Juli 2018

Zusatzmaterial zum Schülermagazin: Themenfeld Strategien und Bündnisse

Die Materialien dieser Doppelseite ergänzen mithilfe von Quellenmaterial und Texten von Autorinnen und Autoren die Kapitel **Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Die NATO, Die Bundeswehr** sowie die Bearbeitung des Themas **Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen**. Die Lernenden haben mit M1 die Möglichkeit, weitere Perspektiven zu den Spannungen zwischen Russland und dem Westen zu erhalten. In M2 besteht die Möglichkeit zur begründeten Stellungnahme gegenüber der Einschätzung des Autors Richard Herzinger. Mit dem Text M3 werden die Grundlagen zum Einsatz der Bundeswehr im Innern erläutert, und das Interview aus M4 stellt erfolgreiche zivile Konfliktbearbeitung in Kolumbien vor.

M1: „Russland: Jetzt gestalten mal wir die Welt“

Dmitri Suslow ist Programmleiter des Kreml-nahen Gesprächsforums Waldai-Club. Er berät die russische Regierung regelmäßig über die Politik der USA und der EU.

„Was sind die Gründe für die Spannungen zwischen dem Westen und Russland? Die Antwort sollte dem Westen völlig klar sein. Die chaotischen Zustände auf internationaler Ebene haben einen Höhepunkt erreicht, und es fehlt an einem Konsens über die Regeln und Normen zwischen den Staaten. Gleichzeitig erleben wir eine Rückkehr der Rivalität zwischen Großmächten. Die Unberechenbarkeit Donald Trumps ist eher ein Symptom dieser Zustände als deren Ursache. (...)“

Die USA wissen nicht, was es heißt, im internationalen Staatensystem eine Macht unter vielen zu sein. Die derzeitigen Schwankungen in der amerikanischen Außenpolitik, der Wahlsieg Donald Trumps und die internen Kämpfe, die er auslöste, dazu der hartnäckige Widerstand, mit dem sich das amerikanische Establishment gegen den Wandel sperrt, dem die Außenpolitik nach dem Willen Trumps unterzogen werden soll – all das sind offenkundige Manifestationen dieser Anpassungsschwierigkeiten.

Deshalb ist es sehr unwahrscheinlich, dass die USA auf Russland zugehen werden, um eine neue internationale Ordnung auszuhandeln, um über Regeln zu sprechen, um über Institutionen und Normen wie Souveränität zu debattieren.

Russland hat klare Ziele. Es strebt nach voller Souveränität für die Großmächte, danach, dass respektiert wird, welche Interessen vor ihrer Haustür sie umtreiben. Russland möchte zudem eine gemeinsame Entscheidungsfindung, wenn es darum geht, außerhalb der eigenen Einflusszone militärisch zu intervenieren. Entscheidend für Russland ist, dass es in den Gestaltungsprozess dieser neuen Ordnung eingebunden wird. Leider sperrt sich das amerikanische Establishment dagegen, die Führungsrolle der USA im internationalen System auf den Prüfstand zu stellen. (...)“

Quelle: Dmitri Suslow: „Russland: Jetzt gestalten mal wir die Welt“, DIE ZEIT Nr. 6/2018, 1. Februar 2018

M2: Deutschlands militärische Rolle in der Welt

„(...) Nach wie vor ist es das Bestreben deutscher Außenpolitik, sich aus militärischem Engagement im Rahmen des westlichen Bündnisses und der internationalen Gemeinschaft so weit wie möglich herauszuhalten, ohne dabei allzu sehr als Verweigerer aufzufallen. (...)“

Doch führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass militärische Macht auch heute ein zentraler Faktor in den internationalen Beziehungen ist und bleibt. Gerade autoritäre Mächte wie Russland nehmen als relevante Akteure auf der geopolitischen Bühne nur jene ernst, die in dieser Hinsicht glaubwürdig ein gewisses Gewicht in die Waagschale werfen können. Das deutsche außenpolitische Denken geht jedoch noch immer von der irrigen Prämisse aus, auch aggressive Autokraten folgten letztlich der Logik rationalen Interessenausgleichs. (...)“

Durch die Turbulenzen der letzten Jahre hindurch ist es Deutschland gelungen, seinen Wohlstand zu bewahren und sogar zu mehren. Umso schwerer fällt der deutschen Gesellschaft und ihren Repräsentanten die Einsicht, dass dieser Zustand nicht für die Ewigkeit ist und nur erhalten werden kann, wenn man selbst viel mehr in den Aufbau einer tragfähigen Weltordnung investiert.

Dabei ist die Orientierung an universalen Werten und Normen keine Fessel, sondern Antrieb. Und das Eintreten für Menschenrechte kein humanitärer Luxus, sondern ein Gebot wohlverstandenen Eigeninteresses. Nur wenn Despoten und kriminelle Cliques daran gehindert werden, weiter die Ressourcen ihrer Nationen zu plündern, können auf Dauer weitere Flüchtlingswellen vermieden werden.

In einer sich explosiv verändernden Welt kann sich Deutschland nicht mehr darauf beschränken, Gefahren möglichst aus dem Weg zu gehen und die Auswirkungen globaler Eruptionen auf das eigene Land abzumildern. Es wird Zeit, weltpolitisch erwachsen zu werden.“

Quelle: Richard Herzinger: „Deutschland darf nicht länger der Angstphase des Westens sein“, www.welt.de, 1. Februar 2018

M3: Debatte um den Einsatz der Bundeswehr im Innern

Der Rechtsrahmen des Grundgesetzes für den Einsatz der Bundeswehr im Innern ist sehr eng gefasst. So bestimmt Artikel 87a Absatz 2 des Grundgesetzes, dass die Streitkräfte nur zur Verteidigung eingesetzt werden dürfen, soweit es das Grundgesetz nicht ausdrücklich zulässt. Damit unterscheiden sich die Bestimmungen stark von den gesetzlichen Vorgaben anderer Staaten. Ein Einsatz im Inland ist dennoch nicht gänzlich ausgeschlossen. Sowohl im Grundgesetz als auch durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts wurden Fälle und Voraussetzungen konkretisiert.

BEISPIELE:

- Anforderung der Bundeswehr zur technischen Amtshilfe durch Landesbehörden
- Einsatz von Soldatinnen und Soldaten mit militärischen Mitteln bei dem sogenannten „inneren Notstand“ gemäß Artikel 87 Absatz 4 des Grundgesetzes: Gefahr durch „organisierte und militärisch bewaffnete Aufständische“; Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutz ziviler Objekte

Jedoch ist nach Ansicht von zuständigen Politikerinnen und Politikern sowie Beamtinnen und Beamten eher von einer Gefahr durch Terroristinnen und Terroristen als durch Aufständische oder einer Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auszugehen. Daher stellt sich die Frage, ob die Bundeswehr im Falle von terroristischen Anschlägen eingesetzt werden dürfe? In Artikel 35 des Grundgesetzes wird ein Einsatz von spezifischen militärischen Mitteln – also der Einsatz von Streitkräften im Inland – ermöglicht, wenn Unglücksfälle „katastrophischen“ Ausmaßes vorliegen. Hierzu können nach Ansicht der Großen Koalition auch Terrorangriffe zählen. Für einen Einsatz muss demnach eine „terroristische Großlage“ vorliegen, die eine Ausnahmesituation der regulären Bestimmungen darstellt. Diese Definition obliegt dem Bund und den Ländern.

nach: Thomas Wiegold: Ausnahmefall Deutschland. Die Debatte um einen Einsatz der Bundeswehr im Innern, Aus Politik und Zeitgeschichte 32–33/2017, www.bpb.de/apuz/253596/innere-sicherheit

M4: Interview zur zivilen Konfliktbearbeitung in Kolumbien

Interview mit der Sozialpädagogin Michaela Pfister, die als ZFD (ziviler Friedensdienst)-Fachkraft die Sozialpastorale der Diözese Quibdó in Kolumbien unterstützt.

„Kolumbien wird seit Jahrzehnten von Gewalt erschüttert. Welche Chancen hat da zivile Friedensarbeit?“

Die Menschen sind grundsätzlich offen für gewaltfreie Initiativen. Egal auf welcher Seite des Konflikts sie stehen, egal zu welcher Volksgruppe sie gehören: Es vereint sie der Wunsch nach Frieden. Nach all den Jahren der Gewalt ist es natürlich schwierig, den Schalter umzulegen und Konflikte auf einmal friedlich zu regeln. Die Ursachen der Probleme sind durch ein Friedensabkommen ja auch nicht behoben.

Wie geht es nach dem Friedensabkommen vor Ort denn weiter?

Durch den bewaffneten Konflikt, die Vertreibungen aus den ländlichen Regionen, aber auch durch Bergbau und Projekte zur Energiegewinnung haben sich die Auseinandersetzungen um Land stetig verschärft. Häufig stehen sich im Chocó unterschiedliche Volksgruppen feindlich gegenüber. Sie reiben sich an den Konflikten auf, statt gemeinsam für ihre Rechte einzutreten. Hier sind Versöhnung und Annäherung, politische Beteiligung und Landreformen gefragt. Vieles kann nur in langwierigen Prozessen mit staatlichen Stellen erreicht werden. Vor Ort können wir den Umgang mit Konflikten beeinflussen und Streit schlichten. Wir beleben altbewährte Praktiken des Zusammenlebens wieder und bereichern sie mit Ideen der zivilen Konfliktbearbeitung. So tragen wir dazu bei, erneute Gewalt zu verhindern.

Könnte die Arbeit, die Sie im Chocó unterstützen, auch anderswo dazu beitragen, Gewalt vorzubeugen?

Ja, mit dem ZFD-Projekt hat die Diözese Quibdó ein Modellprojekt geschaffen. Die Wiederbelebung der interethnischen Kommission ist gelungen. Mehr als 150 Vertreterinnen und Vertreter aller drei regionalen Volksgruppen haben sich an den Tisch gesetzt, um Konflikte gemeinsam anzugehen. Es hat in den vergangenen Monaten auch keine Gewalt mehr untereinander gegeben. Das wäre in den letzten Jahren unvorstellbar gewesen. Nach dem Vorbild aus Quibdó könnten weitere interethnische Kommissionen entstehen, in anderen Regionen oder vielleicht sogar in anderen Ländern. Sinnvoll wäre es auch, mehr lokale Persönlichkeiten in ziviler Konfliktbearbeitung auszubilden, damit konstruktive Kontakte zwischen den Volksgruppen entstehen. Schlussendlich ist der persönliche Austausch doch überall auf der Welt ein wichtiger Faktor für friedliches Zusammenleben. Es sind die menschlichen Beziehungen, die das Unmögliche möglich machen. (...)“

Quelle: Ziviler Friedensdienst: Impuls Kolumbien: „Ohne die Zivilgesellschaft ist kein Frieden möglich.“ www.ziviler-friedensdienst.org/de/kolumbien-ausblick

LEHRERHANDREICHUNG 2019

FRIEDEN UND SICHERHEIT

www.frieden-und-sicherheit.de



Das Medienpaket FRIEDEN & SICHERHEIT

Kostenlos herunterladen unter: www.frieden-und-sicherheit.de

Das **MEDIENPAKET** „Frieden & Sicherheit“ besteht aus einem Schülermagazin, einer Lehrerhandreichung und dem Schulportal www.frieden-und-sicherheit.de. Die Unterrichtsmaterialien sind vor allem an Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe (Sekundarstufe II) adressiert. Sie können jedoch auch schon ab der 9./10. Klasse (Abgangsklassen der Sekundarstufe I) eingesetzt werden. Die Jugendlichen können das Magazin sowohl als Einzellektüre für selbstständige Recherchen als auch zur persönlichen Orientierung nutzen. Das politische Konzept der vernetzten Sicherheit korreliert mit Vernetzungen in der unterrichtlichen Behandlung, in fachübergreifender und fächerverbindender Form.

Das **SCHÜLERMAGAZIN** bietet Einsatzmöglichkeiten und Anknüpfungspunkte besonders im Sozialkunde-, Gemeinschaftskunde- und Politikunterricht, aber auch für den Geschichts-, Religions-, Ethik- oder Geografieunterricht. Die Einzelelemente können im Baukastensystem verwendet und über zahlreiche Querbezüge genutzt werden.

Die didaktisch-methodischen Überlegungen in der **LEHRERHANDREICHUNG** unterstützen das Schülermagazin mit Kopiervorlagen für die Anwendung von Methoden im Unterricht sowie vertiefenden Debatten zu aktuellen kontroversen Themen und weiterführendem Material.

Die Materialien regen auch zur Erschließung der Themen über das Internet an. Das begleitende Schulportal www.frieden-und-sicherheit.de stellt alle Inhalte des Schülermagazins und der Lehrerhandreichung online zur Verfügung. Wichtige Informationsquellen sind direkt verlinkt. Diese werden durch aktuelle Informationen und Arbeitsblätter sowie interaktive Angebote für die Schülerinnen und Schüler ergänzt.

Seit 1981 erscheint das Medienpaket „Frieden & Sicherheit“ regelmäßig mit aktuellen Materialien für den Unterricht.